

Saale-Beitung.

Stueckelbergischer Jahrgang.

werden die Spaltenpreise... Abhaltung und Druck-Geschäfte...

Nr. 505.

Halle a. S., Dienstag, den 27. Oktober

1908.

Das Danergerdehnt der Berufung in Straffsachen.

Von Prof. Dr. Franz v. Liszt, M. d. U.

Der Entwurf einer Strafprozessordnung hat auch in liberalen Kreisen vielfach freundliche Aufnahme gefunden. Und fast könnte es scheinen, als störe man die parteipolitischen Hürden, wenn man mit kritischen Bedenken an sie herzutritt. Dennoch wird sich der Sachmann der Pflicht nicht entziehen können, seine Bedenken unumwunden zu äußern.

Die freundliche Aufnahme hat der Entwurf wohl in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß er nicht nur die oft verlangte Berufung gegen die Urteile der Straf-Tribunale bringt, sondern sogar die nur mit Berufsrichtern besetzte Strafkammer durch ein aus zwei Richtern und drei Schöffen bestehendes mittleres Schöffengericht ersetzt.

Bisher war der Angeklagte (soweit nicht aus Rechtsgründen Revision ergriffen werden konnte) endgültig freigesprochen, wenn von fünf Richtern auch nur zwei von seiner Unschuld überzeugt waren. Jetzt kann der Staatsanwalt gegen die Freisprechung Berufung einlegen, auch wenn sie einstimmig erfolgt ist. Und er bringt mit ihr durch, wenn der Richter des Berufungsorgans für die Verurteilung stimmen. Der Angeklagte wird also verurteilt, obwohl von den sechs Richtern, die mit der Sache befaßt waren, sechs ihn für unschuldig erklärt haben! In Wahrheit ist also die Juristenkammer nicht befeitigt, sondern zur höheren Instanz gemacht, hat mithin an Einfluß ganz erheblich gewonnen.

Nicht genug damit, der Entwurf hat auch die sachliche Zuständigkeit des mittleren Schöffengerichts gegenüber dem bisherigen Recht bedeutend eingeschränkt. In einer ganzen Reihe von Fällen liegt es in dem Ermessen der Staatsanwaltschaft, sich nicht an das mittlere, sondern an das kleine Schöffengericht beim Amtsgericht (ein Richter, zwei Schöffen) zu wenden. Gegen die Urteile dieses Gerichts geht die Berufung nicht an den mit fünf Richtern besetzten Berufungsinstanz, sondern an die mit drei beamteten Richtern besetzte Berufungskammer. Der Angeklagte kann also, wenn er in erster Instanz einstimmig freigesprochen worden ist, endgültig verurteilt werden, obwohl von dem im ganzen beteiligten sechs Richtern vier ihn für unschuldig und nur zwei für schuldig erachtet haben.

Dazu tritt noch eine wesentliche Erweiterung der Fälle, in denen fünfzigjährig der Amtsrichter allein, ohne Zuziehung von Schöffen, zu entscheiden hat; sowohl im ordentlichen als auch im schleunigen Verfahren. Auch hier geht die Berufung an die mit drei beamteten Richtern besetzte Berufungskammer, so daß in diesen Fällen die Mitwirkung von Laien völlig ausgeschaltet ist.

Es ergibt sich also: 1. durch die Einführung der Berufung wird der Einfluß der Juristenkammer wesentlich gesteigert; 2. der Preis für diese „volkstümliche Errungenschaft“ besteht in einer weitgehenden Befreiung der Laienmitwirkung; 3. die Kosten trägt in allen Fällen der Angeklagte.

Will man dieses Ergebnis vermeiden, so bieten sich verschiedene Wege, die ich an dieser Stelle nur andeuten kann. Man kann das Berufungsgericht mit Schöffen besetzen; man kann das Berufungsgericht des Staatsanwalts ausschließen oder einschränken; man kann an Stelle der Dreiteilung der ersten Instanz eine Zweiteilung setzen, indem man die bisherige Zuständigkeit der Strafkammern auf die Schwurgerichte einerseits, auf die kleinen Schöffengerichte andererseits verteilt. Am besten freilich wäre es, man täme auch im liberalen Lager zur Einsicht, daß die Befreiung der Juristenkammern, nicht aber die Einführung der Berufung die Hauptforderung ist.

Somit aber dürfte schon aus diesen Betrachtungen erhellen, daß die freundliche Begrüßung, die der Entwurf aus liberaler Seite gefunden hat, verfrüht gewesen ist; und daß es sorgfältigere praktische Arbeit bedürfen wird, um zu verhindern, daß unter dem Schein einer Reform eine Rückwärtsentwicklung unseres Strafverfahrens erfolgt.

Zeppelin an Bord seines Luftschiffes.

Nach seiner Rückkehr aus Berlin hat Graf Zeppelin mit seinem in den letzten Tagen schon wiederholten Flugschiff „Zeppelin I“ gestern einen kurzen Ausflug unternommen, dem nun die angekündigte Fahrt mit dem Prinzen Heinrich folgt.

Bei geradezu ideal schönem Herbstwetter wurde um 11 Uhr das Luftschiff mit Hilfe des Doppelschraubendampfers „Meller“ leicht und sicher aus der Halle gebracht und stieg nach ganz vier Minuten, in denen es auf den Pontons abgehoben wurde, sofort in den Lüften. Man Personon hatten in den Gondeln Platz genommen. Darunter auch die Gattin des Professors Berges. Ruhig und sicher machte das Luftschiff eine Reihe der verschiedensten Manöver, untreue mehrfach die Halle, indem es bald höher stieg, bald ganz auf den See herabsank, so daß die nordere Gondel fast das Wasser berührte. Die Steuer gehörten augenscheinlich bei allen Manövern ausgesetzt. Einige Minuten lang manövierte das Luftschiff ganz dicht über dem Wasserflügel, hob sich dann wieder und schlug die Richtung nach dem schweizerischen Ufer ein, fuhr lange Zeit auf diesem entlang, wendete sich wieder dem See zu, und ließ sich endlich, gegen 12 Uhr, allmählich auf den Seespiegel herab. Die „Mangell“ und „Mürttemberg“ nahmen das Luftschiff ins Schlepptau und zogen es nach der Halle. Leicht glitt die Gondel dabei über das Wasser hin, und kurz nach 1 Uhr war die Bergung bereits beendet.

Der Aufstieg ist in jeder Hinsicht vorzüglich verlaufen. Als Graf Zeppelin nach der Abfahrt zum „Deutschen Hause“ zurückkehrte, brachte die gebildete Volksmenge ihm eine begeisterte Ovation dar.

Die Balkan-Krise.

Prinz Georg auf der Brautschau?

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Petersburg: Die Reise des serbischen Kronprinzen nach Petersburg hängt mit politischen Dingen zusammen als vielmehr mit — Betratschaften des Kronprinzen. Hierfür käme die Tochter des Großfürsten Peter Nikolajewitsch in Betracht. Für die Reise werden in Ungarn die größten Schwierigkeiten vorherzusehen sein. Um allen Eventualitäten vorzubeugen, wird der Zug mit der serbischen Spezialmission unter militärischer Kontrolle stehen.

Konstantinopel, 26. Okt. (Meldung des Wiener A. K. Teleg. Korz.-Bureau.) „Sani Gazette“ erklärt die Verhinderung der gegenwärtigen Lage und des Konferenzprojektes, direkte Verhandlungen der Porte mit Oesterreich-Ungarn könnten nur den Zweck haben, die Verschärfung der Konferenz zu erleichtern, aber keineswegs ein definitives Arrangement zu treffen.

Deutsches Reich.

Sof. und Personalnachrichten.

Der Kaiser trifft heute (Dienstag) nachmittag in Wernigerode ein. Vereine, Innungen, Schulen werden Spalier bilden. Die Fahrt geht durch die Kaiserstraße, den Neuhäuser Burgberg hinaus, dann am Fisch- und Döbnersee vorbei durch den Lustgarten zum Schloß, wo sich eine Stunde später im Saale alle Gäste zur Abendtafel versammeln. Die Abreise des Monarchen ist auf Donnerstag vormittag 10 Uhr festgesetzt.

Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser verlieh dem Prinzen Kanio von Japan den Schwarzen Adlerorden.

Wie Dernburg in den Sattel kam...

Die „Leipz. Abendztg.“ schreibt: Als der zurzeit der Kolonialskandale amtierende Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern der ihm gestellten Aufgabe nicht gerecht zu werden vermochte und als das weitere Umschlagen der Ämter selbst dem Reichskanzler in höchst prekäre Lage zu bringen drohte, wurde auf der Wilhelmstraße die Lösung ausgegeben, „der Beste einer Bänderer zu schaffen“. Am dem Suchen danach beteiligte sich selbstverständlich auch mit hohem Eifer der dem Kanzler nahebedingte Herr von Loebell. Im Laufe eines Gesprächs mit seinem Vetter, einem Herrn von Eberstein, der als Direktor der Breslauer Diskontobank mit deren Sanierung mit Dernburg befaßt worden, legte Loebell dem die Frage vor, ob er nicht jemand aus den Kreisen der Bank- und Industrie-Größen wüßte, der sich zum Kolonialdirektor eigne. Kurzgerhand erwiderte der Direktor der Breslauer Diskontobank, die beiden bedeutendsten Köpfe der Berliner Finanzwelt seien: Kommerzienrat Ledermann und Vizepräsident Dernburg. Da nun der kleine Herr Ledermann kaum dazu geeignet erschien, den Standalmaßern mit Macht und Energie entgegenzutreten, so blieb der ihm (nach Eberstein) an Bedeutung gleiche Dernburg übrig. Schnell entschlossen hat man dem, der schon so viele Generalverammlungsprotokolle geschrieben, den Posten an. Und Dernburg nahm im Hinblick auf das schon sehr nahe gerückte Ende seiner Tätigkeit bei der Darmstädterin ebenso schnell entschlossen an. Die Treppe hinaufzufallen war ihm angenehmer als hinunter. Und so ward er... Staatssekretär. Als er einfließ die Sanierung der Breslauer Diskontobank in die Hand nahm, wird er kaum oachant haben, daß sie ihm das Sprungbrett abgeben würde, ein Erhellungsbret zu werden.

Die Sache stimmt nicht ganz. Herr von Loebell machte allerdings auf Veranlassung von Herrn von Eberstein Herrn Dernburg einen Besuch. Als dem Letzteren von dem Direktor der Reichsanstalt die Frage vorgelegt wurde, ob er (Dernburg) niemand wüßte, der sich

zum Kolonialdirektor eigne, brachte sich Herr Dernburg selbst in Vorschlag. — In drei Tagen war damit die Sache erledigt. Fürst Bismarck, der so oft schon als Entdecker Dernburgs gefeiert worden, ist also an dieser Ernennung unschuldig.

Abänderung des Gehetworts

Aber die Bekämpfung von Inzeraten und Klame.

Der Entwurf des Gesetzes über die Bekämpfung von Anzeigen und Klame, den der Schatzkanzler dem Bundesrat vorgelegt hat, ist, wie die Berliner Universal-Korrespondenz zuverlässig hört, im zuständigen Ausschusse einer wesentlichen Abänderung unterzogen worden. Nach dem letzten des Ausschusses vorgenommenen Abänderungen sollen besteuert werden:

Zeitungsinsertate, Straßenplakate und alle anderen Arbeiten von Klame. Nur solche Inzerate sollen von jeder Besteuerung frei bleiben, die auf der Arbeitsmarkt bestimmt sind, in denen also offene Stellen angezeigt und Stellen gesucht werden. Kleine Anzeigen über Käufe und Verkäufe, Vermietungen usw. sollen einem geringen Steuerfuß unterworfen sein. Bei diesen Inzeraten soll jedoch eine bestimmte Anzahl von Zeilen gänzlich steuerfrei bleiben. Für täglich erscheinende Theater- und Vergnügungsanzeigen wird gleichfalls eine mäßige Steuer in Betracht kommen. Die Höhe der Steuer bei Anzeigen und Klame wird sich nach dem Umfang derselben richten. Für die Höhe der Bemessung der Steuer wird auch die Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden maßgebend sein. Inzerate, Plakate und Klameklaffchen, die in Städten über 100 000 Einwohner erscheinen, unterliegen erhöhten Besteuerungsätzen.

Zur Strafprozessreform.

Die bei der Reichstag in der neuen Session zu erledigen hat, die Oberlandesgerichtsrat Niedner-Riel in den „Neueren Nachrichten“ einige höchst beachtenswerte Anregungen. Besondere Berücksichtigung verdienen seine Ausführungen über die Vergütung von Richtern. Er träfen bei Regelung der Berufs- und Revisionsgerichte.

Die heilige 5-Zahl, schreibt er, will man zwar bei den Berufsentscheidungen durch die 3-Zahl ersetzen, aber bei den Berufsentscheidungen einhalten und bei den oberlandesgerichtlichen Revisionsinstanzen beibehalten. Man sieht also doch trotz einer entgegengelegten Befürwortung der Motive in einer Häufung der Richterzahl die Möglichkeit für eine gute Rechtsprechung zu finden. In Anbetracht der Revisionsgerichte mag dieser Standpunkt — sofern auch hier gemäßigtere Grenzen eingehalten werden — eine Berechtigung haben, in Anbetracht der gelehrten Richterkollegien nicht. Die Fiktion der Ätten vor dem Termin ist ohne nennenswerte Verzögerung des Verfahrens bei drei Richtern möglich, bei fünf und mehr Richtern nicht. Ich meine aber, daß drei Richter, welche alle gleich gut informiert sind, regelmäßig besser richten, als fünf, bei denen diese Voraussetzung nicht zutrifft. Die vollständige Annahme, daß die Autorität der höheren Instanz in der größeren oder wenigstens gleichen Anzahl der Richter beruht, müßte konsequent dazu führen, die Zahl der Mitglieder des dem Schmutzgericht übergeordneten Straffenrats des Reichsgerichts ins Angelegenheit zu vermindern. Zum mindesten sollte man sich entschließen, für Sachen von geringerer Bedeutung aus der 3-Zahl auch bei den Revisionsinstanzen abnehmen zu lassen. Gerade heute, wo der Ruf nach größerer Sparamkeit für Staat und Reich von Seiten aller Parteien lauter denn je erschallt, sollte man sich klar machen, daß hier wirklich eine Gelegenheit gegeben ist, mit den Mitteln des Staates etwas vorsichtig zu wirtschaften.

Schule.

Seminare für Volksschullehrerinnen.

Im Lehrerbinnen für die Volksschulen heranzuziehen und andererseits dem Mangel an Lehrkräften abzuheben, werden im nächsten Etat des Kultusministeriums Mittel zur Errichtung zweier staatlicher Seminare für Volksschullehrerinnen aufgestellt werden. Die Kandidatinnen für die Seminare haben sich zu verpflichten, Stellen auf dem Lande und in kleinen Städten anzunehmen. Die Seminare sollen konfessionell sein.

Parteianträge.

Zur Parteianfrage in Preußen veröffentlicht die „Konservative Korrespondenz“ folgende parteipolitische Erklärung:

Die Prozedur zur Errichtung des preussischen Landtages bringt die Mitteilung, daß eine organische Reform des Wahlrechts unter dem Abgeordnetenhaus als ein dringendes Erfordernis unserer staatlichen Entwicklung erscheine. Wir wollen abwarten, welche positiven Unterlagen die von der Regierung betriebenen Vorarbeiten für jene Annahme, deren Resultat ja der Beschlußfassung des Landtages unterliegen würde, bieten, bezweifeln aber einwachen, daß eine Reformbedürftigkeit liegt bei dem preussischen Wahlrecht in höherem Maße bemerklich gemacht hat, als bei den Wahlrechten anderer Staaten und auch des Deutschen Reiches. Man hat bisher nicht gehört, daß auch in letzter Beziehung leitenden der zunächst beteiligten Faktoren Veränderungen betrieben würden zur Verdrängung des Einflusses von Besitz, Bildung und sozialer Stellung. Das preussische Wahlrecht ist ein hartnäckiges Verhängnis, angebaut auf dem Wege der Wiltz, zu den Staatsfiskus beizutragen. Freilich, der Herrschaft der Wahlen ist es nicht glänzt. Jedenfalls hat das preussische Abgeordnetenhaus sich in seinen politischen Bestimmungen zum Wohle des Staates und zur Vertretung des preussischen Volkes seit langer Zeit so völlig auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt, daß Veränderungen

gen in seiner Zusammensetzung diesen Erfolg nur gefährden, nicht aber fördern könnten. — Das Eine allerdings wird als ein wohl nicht gewolltes, aber wie die Erfahrung lehrt, leicht mögliches, vielleicht sogar wahrheitsgemäßes Ergebnis solcher modernen Entwicklungsphasen zu befrüchtigen stehen, daß zugleich die Machtfestigung der Krone, die mit der Geschichte und den Gesetzen Preußens unaufloslich verbunden erschieben, eine Schwächung und Trübung erfahren könnte, die nicht zum Teile des Landes diene.

Die Maßstellung der Krone! Die Konservativen wissen, wie es zu machen ist, wenn eine freiheitliche Neuerung zu hinterzücken werden soll.

— Die Landtagsfraktion der Freiwililigen Volkspartei hielt gestern eine Sitzung ab. — Der Zentralvorstand der National-Liberalen Partei tritt am 8. November zu einer Sitzung in Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Zuweisung zum Zentralvorstand und die Reichsfinanzreform.

### Allgemeine Mitteilungen.

— Der bayerische Verkehrsminister hat sich gegen den Plan einer Elektrizitätssteuer ausgesprochen.

### Heer und Flotte.

Wilhelmsaaren, 28. Oktober. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral v. Tirpitz, befestigte heute vormittag die Kaiserliche Werft und die Heerenweiterungsarbeiten.

## Ausland.

### Ein „unablenkbar Wollender“.

(Erzherzog Franz Ferdinand.)

In Oesterreich-Ungarn selbst hat die Annerion Bosniens und der Herzegovina — bekanntlich ein Werk des österreichischen Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Ferdinand — namentlich bei der Armee freudige Zustimmung gefunden und neue Hoffnungen erweckt. Das Wiedererwachen des alten glorreichen Oesterreichs, ein Ehren und ein Siegen reich, feiert die österreichische Militärzeitung „Danzer Armee-Zeitung“ in einem „Des Reiches Zukunft“ betitelten Aufsatze, der sich mit den Angriffen ausländischer Blätter gegen den Thronfolger beschäftigt. Erzherzog Franz Ferdinand wird u. a. ein „unablenkbar Wollender“ genannt. Dann heißt es in dem Artikel an anderer Stelle:

Die von unseren Feinden dem Erzherzog-Thronfolger zugeschriebene „Herrschsucht“ wird dafür sorgen, daß Franz Ferdinand nicht als müßiger Zuschauer warten wird, bis die Wölfer freit werden und sich gelegentlich veräußern, er wird vielmehr zweifelsohne als „unablenkbar Wollender“ seine ganze Kraft und Autorität aufbieten, um diesem Gefährdungswerk die Wege zu weisen. Denn auch extreme Demokraten haben erkannt, daß die Wölfer an sich unorganisierte Quallen sind, daß auch dann, wenn man mit ihnen regiert werden will, ein regiert werden muß, daß heißt, daß auch dann ein fester Wille sich fundieren muß, der die Kräfte organisiert und leitet. Gerade die radikalste Volkspartei in allen Staaten, die Sozialdemokraten, zeigen, wie nur Organisation und feste Leitung Großes zu vollbringen fähig ist. — Zum Schluß heißt es: „Erzherzog Franz Ferdinand ist Soldat durch und durch. Erzherzog Franz Ferdinand ist der wertvollste Freund des Offiziers. Er genug wurde in den Kämpfen der letzten Jahre der Ehre gewürdigt, und stets haben wir den Erzherzog in derselben Stellung, als Teilnehmer unserer Interessen. Der kaiserliche und königliche Offizier, der allzu lange ungenutzt unter dem Fuchse litt, der dem Befehle von Königsgrätz anhaftete, darf wissen, daß ihm eine neue Zeit bevorsteht, da ihm wieder jene Stellung zuteil wird, die er bekommt, soll er seiner ehernen Aufgabe als Führer und Führer der Auslese der Wölfer gerecht werden können.“

### Tschechischer Boykott gegen deutsche Waren.

Unter dem Protektorat des tschechischen Nationalrates wurde von den tschechischen kaufmännischen Körperlichkeiten eine Boykottbewegung gegen die deutschen Fabrikate eingeleitet. Die Reichsberger Handels- und Gewerbetamner meldete sich daraufhin mit einem energischen Protest in der Angelegenheit an die Regierung, in dem sie auf die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Bewegung, die die Steuerkraft beider Nationalitäten des Landes schädigen müßte, hinweist. Nummer fünf, wie das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet, alle Amtsorte angemeldet worden, jede eventuelle Boykottbewegung unmaßstäblich zu unterdrücken und jede darauf abzielende Agitation zu unterlagen. Die Oberleitungsamtsschrift in Prag informierte in dieser Richtung hin alle Staatsanwaltschaften, und in den letzten Tagen wurden nicht weniger als dreißig tschechische Zeitungen, welche Separatartikel gegen die deutschen Fabrikate brachten und die tschechische Bevölkerung zum Boykott der deutschen Waren aufforderten, konfisziert.

### Roosevelts Reisepläne.

Ueber Roosevelts Reisepläne wird aus New York berichtet: Roosevelts Reiseplan ist jetzt wie folgt festgelegt: Er fährt durch das Mittelmeer, den Suezkanal nach dem Viktorien-See, vielleicht erfolgt auch ein Aufbruch nach Deutsch-Ostafrika. Das Endziel der Reise ist Chartum.

### Kleine Tagesnachrichten.

- Die österreichisch-ungarische Regierung hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie der letzten französisch-spanischen Note zustimme.
- Der französische Kardinal Mathieu, der am Eucharistischen Kongreß teilgenommen hatte, ist in London gestorben.
- Der Deputierte Bianchet, früherer Präsident der Abgeordnetenkammer, ist in Turin gestorben.

## Preußischer Landtag.

2. Sitzung vom 26. Oktober.

Am Ministertische: Freiherr v. Rheinbaben, Beilkenbach. Das Haus ist fast leer.

v. Krüger eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten mit der Mitteilung, daß er im Auftrage des Hauses an den Vermählungsfeierlichkeiten beim Hofe teilgenommen habe, und daß

er der Kaiserin die Glückwünsche des Hauses zu dem Doppelheute dargebracht habe.

Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Tagung verstorbenen Abgeordneten durch Erheben von den Plätzen.

### Wahl des Präsidiums.

Zunächst stellt auf der Tagesordnung die Wahl des Präsidiums.

Abg. v. Pappenheim (konf.) beantragt, die Wahl des Präsidiums und der beiden Vizepräsidenten durch Zettel vorzunehmen. Zunächst erfolgt die Wahl des Präsidenten.

Zum Präsidenten wird Abg. v. Krüger (konf.) mit 314 von 322 abgegebenen Stimmen gewählt.

Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Abgegeben werden für Dr. Forst (Zit.) 310 Stimmen, für den Abg. Borgmann (Soz.) eine Stimme. Abg. Dr. Forst ist somit gewählt.

Es folgt die Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Abgegeben werden für Dr. Forst (Zit.) 310 Stimmen, für den Abg. Borgmann (Soz.) eine Stimme. Abg. Dr. Forst ist somit gewählt.

Es folgt die Wahl des dritten Vizepräsidenten. Abgegeben werden für Dr. Forst (Zit.) 310 Stimmen, für den Abg. Borgmann (Soz.) eine Stimme. Abg. Dr. Forst ist somit gewählt.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage über die Beamtenbesoldung.

### Die Besoldungsvorlage.

Staatssekretär Meyer entschuldigt die Abwesenheit des Kultusministers, der zu seinem leibhaftigen Bedauern nicht in der Lage sei, das Lehrerbesoldungsgesetz zu vertreten. Die Vertze hätten dringend einen sofortigen Rufwechsel angeordnet.

Abg. Hennigs-Zedlin (konf.): Wir freuen uns, daß wir endlich in der Lage sind, über die großen Beamtenbesoldungsvorlagen zu verhandeln. Als in der vorigen Session die Besoldungsvorlagen nicht kamen, brach unter den Beamten ein Sturm der Entrüstung aus. Er dauerte ab, als die Regierung bindende Versprechen gab, die sie nun erfüllt hat. Wir hoffen, daß nun noch bald die Vorlage über den Wohnungsgeldzuschuß kommt, damit die Kommissionsverhandlungen nicht erschwert werden. Auch die Frage des Kommunalsteuerprivilegs für die Beamten bedarf der grundsätzlichen Regelung. Ueber die Bestimmung, ob es zweckmäßig ist, daß die Vorlagen durch den Etat später geändert werden können, wird in der Kommission noch zu reben sein. In erster Linie interessiert der finanzielle Effekt der Vorlagen. Im letzten Jahrzehnt sind die Beamtengehälter um 91 Millionen erhöht worden. Jetzt müssen wir mit einem Schlußsatz noch 125 Millionen aufbringen. Wir müssen uns mit dem Schlusssatz fragen, ob denn unsere ganze Beamtenorganisation richtig ist. (Zustimmung.) Besonders in der Verwaltung sind viele Mängel vorhanden. Ein kleines Arbeitshaus zum Beispiel fertiggestellt wird, und zwar ein Innengebiet vor und nachher fertig und fertig. Und dann kommt noch ein Produkt heraus, gegen das man einschreiten mußte auf Grund des Gesetzes gegen die Verminderung von Offizialen. (Heiterkeit.) Ein großer Schritt ist mit der Verminderung der Gehaltsklassen getan. Wir müssen aber prüfen, ob überall so radikal vorgegangen werden kann. Wir sind stolz auf unsere Beamten. Sie werden über die Grenzen Deutschlands hinaus gerühmt ab ihrer Treue an Staat und Arbeit. Aber eine gewisse Grenze darf in den Gehaltssteigerungen nicht überschritten werden. Die Beamten müssen Rücksicht nehmen auf die erwerbenden Kreise, die die Kosten aufbringen müssen. Sie dürfen sich nicht unterkriegen lassen von Strömungen, die man von außen in ihre Kreise hineinzugetragen verliert. (Beif. Beifall rechts.)

### Abg. Schmieding.

begrüßt namens des Zentrums die Vorlagen, die, wenn auch nicht in allen Punkten, so doch im großen und ganzen die rechte Mitte halten zwischen den Wünschen der Beamten und der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, und die aus einer Anzahl von Wünschen des Zentrums Erfüllung brächten. Zu bedauern sei, daß die Wohnungsgeldbrüche nicht gleich mitverregelt werden sollte, bei der die besonderen Verhältnisse der verbeamteten Beamten Berücksichtigung finden sollen. Er hoffe, daß das entsprechende Gesetz dem Hause bald zugehen werde. Schmerz Bedenken hätten keine Freunde, ob nicht das Mindeste bei den unteren Beamten, die unter der Teuerung am meisten leiden, zu niedrig bemessen sei. Er glaube, eine Erhöhung von 1000 auf 1100—1200 Mark sei angängig. Sie würde etwa vier Millionen Mark erfordern, die durch Wegfall von Nebenangehörigen eingebracht werden könnten. Sodann ergeht Finanzminister Frhr. von Rheinbaben das Wort.

(Fortsetzung folgt.)

## Halle und Umgebung.

### Stabsordnungen-Sitzung.

Halle a. S., 27. Oktober.

Halle a. S., 26. Okt.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Gledner, Major Höhring, Baumkeller Gagas und Fabrikant Grefke. Eine Petition betr. die Nachtstraßen nach der Heide soll noch in der Sitzung erledigt werden. Ein Gesuch des früheren Promendenwärters König, ihm in seiner Not zu helfen und Befähigung zu geben, wird dem Petitionsauschuß zugesprochen. Anwohner der Heidestraßen petitionieren um Besetzung der Selterwasserhude an der Gade der Heide- und Magererstraße. Die Sache geht an den Bauauschuß. Weiter folgt eine Eingabe der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft vor, die Stadt möge Notstandsarbeiten ausfahren. Die Sache wird unter Punkt 1 erledigt. Der kommunale Verein Halle-Ost macht auf das schlechte Pflaster der Freimfelderstraße aufmerksam und wünscht weiter eine Parkanlage für den Dänen, Spielplätze, die sich selbst schaffen lassen, durch Umwandlung der dortigen Bruchfelder des Altwiner Bergbauvereins. Die Petition wird dem Bauauschuß überwiesen. Sodann wird eine Petition des Sächsischen Kaninchenzüchtervereins mitgeteilt, der nachzuweisen sucht, daß er ein Etid fähiger Arbeit verrichtet, wenn er das Kaninchenfleisch zur Volksernahrung machen will, und dafür öffentliche Unterstützung verdient. Die ihm die Stadt zur Gewährung eines Preises zur Kaninchenausstellung (vom 21.—23. Nov.) bezogen möge. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Herr Stadt v. Thiele vertritt den Antrag: das Kollegium wolle beschließen, den Magistrat um Ausarbeitung einer Vorlage zu eruchen, die die sofortige Finanzreform möglichst umfassender Arbeiten vorzusehen, damit der am sich greifenden

### Arbeitslosigkeit.

begegnet werden kann. Redner behauptet, daß in Halle

jeht von insgesamt 17 500 Arbeitern mehr als 2000 ohne Beschäftigung sind. Das erheische schnelle Hilfe. Es sei ein gesunde arbeitsfreie Menschen eine Beschäftigung finden können und sich ihre Familien ohne ihr Verdienen dem Elend preisgeben sehen. Ein Maurer, der ein Arbeiter der Solbitz ist, klagte mir — so sagt der Redner — in diesem Sommer, daß es ihm noch nicht möglich geworden sei, die Schulden des letzten Winters zu begleichen; das charakterisiert die unglücklichen Arbeiterverhältnisse. Die Leute sparen sich in der Saison ein paar hundert Mark, namentlich die gemeinschaftlich organisierten, die durch ihre Gewerkschaft eine höhere Lebensaufstellung genommen haben, aber das Geld geht in den Wintermonaten auf, und wenn dann das Frühjahr keine Arbeitsgelegenheit bringt, dann heißt es borgen. Im Orient gab's mal einen Schach, der von Hunger starb in seinem Volk kurz durch den Erlaß, ein Ende machte, daß er für jeden Armen, der Hungers starb, jedesmal einen Reichden löpfen ließ, von da an verhungerte niemand mehr. Leider kann man bei uns die Urheber des Elends nicht für die Not haftbar machen. Die Kommune aber die Pflicht, den Arbeitlosen durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit Hilfe zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive: Der Magistrat ist bereit, die Arbeitslosigkeit zu steuern, soweit es ihm irgend möglich ist. Und Sie, meine Herren, können dazu helfen, wenn Sie die Vorschläge, die wir Ihnen machen, annehmen. Wir denken an drei Kategorien von Arbeiten: 1. Arbeiten großen Umfanges, die schon begonnen sind, 2. solche, für die die Mittel schon bewilligt sind, deren Ausführung aber noch aussteht, 3. noch nicht bewilligte Arbeiten, für die wir schon aber in nächster Zeit Vorlagen einreichen können. Unter die 1. Kategorie fallen die Kanalarbeiten auf dem Jägerplatz und dem Weidenplan. Die Arbeiten, die schon zum Teil im Gange sind, werden den ganzen Winter über andauern und etwa 100 Arbeiter beschäftigen. Weiter gehört unter diese Rubrik die Kanalarbeiten der Wegheiderstraße sowie die Pflasterung in der Poststraße, Pfläzerstraße und Scheuenteinstraße und die Arbeiten im Anschluß an die Regula der Telegraphen. Arbeiten, die in die 2. Kategorie gehören, also in nächster Zeit in Angriff zu nehmen sind, betreffen den Bau der Alleestraßen an der Heide. Voraussetzung ist, daß das Projekt, das 3. einmütig angenommen wurde, unter Bewilligung von 73 000 Mark, die seit zwei Jahren bereit stehen, nicht mehr geändert wird; sonst wäre für die nächste Zeit nicht an die Ausführung der Arbeiten zu denken. Weiter rechnen unter diese Rubrik Erd- und Kanalarbeiten in der Mozartstraße. Und die dritte Rubrik umfaßt Projekte, die wir Ihnen schnell zur Annahme unterbreiten können: Arbeiten in Amtsgärten. Der schönste Teil des Amtsgartens ist noch dem Publikum verschlossen. Die Verhönerungsdeputation hat schon im Herbst vor einem Jahre ein Projekt aufgestellt, dessen Ausführung 75 000 Mk. erfordert. Die Arbeiten sollten in drei Abschnitten zu je 25 000 Mk. erledigt werden. Der Magistrat lehnte es aber damals mit Rücksicht auf die Finanzlage einstweilen ab. Da können wir jetzt für 25 000 Mk. Arbeit gewinnen, wenn wir wollen, gar für 75 000 Mk. Weiter können wir Promenaden, Reit- und Radfahrwege von der Gärtnerei Gutsbrücke bis zur Saubrüde bauen, ferner den Platz an der Gade der Sutterstraße, Magererstraße anlegen, der bereits im Bauplan festgelegt ist und 10 000 Mk. erfordert. Weiters können wir die Talstraße zum Gehfuß auf 26 Meter verbreitern, ferner die Wasserleitung auf dem Weg zur Heide bauen und sechsten Erdarbeiten zur Erweiterung des Südriedhofes ausführen. Alles Vorlage, die wir sofort einbringen in der Lage sind. Es ist selbstverständlich, daß wir die Arbeiten als Notstandsarbeiten nicht unter dem Gesichtspunkt in Angriff nehmen, sie billiger gemacht zu kriegen, als unter normalen Verhältnissen. Den Lohn festzusetzen, bieten natürlich nur solche Fälle, wo Regierarbeiten vorliegen, eine Möglichkeit, sonst ist der Einfluß der Stadt darauf nur gering, aber das möchte ich doch als Norm hinstellen, daß die Bezahlung nicht unter den ortsüblichen Tagelohn sinken darf.

Herr Vorkröher: Ich bejwühre gleichfalls den Antrag. Aber wenn Herr Thiele gesagt hat, die Kapitalisten, die an der wirtschaftlichen Krisis schuld seien, wären der Verdammnis verfallen, so muß ich diese Ausführungen doch für verfehlt erachten; sie sind durch nichts begründet, und der kapitalistische Urheber des Elends existiert nur in der Phantasie. Herr Thiele erwähnte zum Beispiel den amerikanischen Kupfertrach. Der Krach brachte uns in Deutschland ruinöse Preise, so daß die Werte sich in ihrer Produktion schwer gestört haben und Arbeiterentlassungen vorlamen. Wer ist daran schuld? Irrend eine Person doch nicht, sondern die wirtschaftliche Konjunktur. Dem Beispiel des Herrn Thiele von dem Maurer kann ich ein Gegenbild entgegenstellen. Ich war bereit, im vorigen Jahr gegen erhöhten Lohn einen Maurer und einen Tischler zu beschäftigen, aber die Leute laagen, sie dürften nicht arbeiten wegen des Streiks. Dadurch wird doch bewiesen, daß manchmal Arbeiter auch durch verkehrte Führung ihrer Vertrauensmänner ins Elend kommen. Und die Arbeitgeber dazu geraten durch solches Korporieren in Schwierigkeiten. Wo soll — so frage ich nach dem Vorbild des Herrn Thiele — da für die Arbeitgeber die Arbeitsfreie bekommen, was das Interesse, wenn Sie sehen, daß ihnen die Arbeiter einfach weglaufen? Dennoch sagt die sog. Gesellschaft nicht: Guter Wille halten ist uns unvergeben. Wir vergessen, was die Leute uns getan, wir haben Mitleid und begreifen auch keinen Dank, wenn wir ihnen helfen. Wir sind gern bereit, dem Elend zu steuern, und treten deshalb auch für die Beste Lage ein.

Sie wird danach einstimmig angenommen. 2. An Ueberforderungen für das Rechnungsjahr 1907 werden nachbewilligt: a) bei der Kämmerei-Vermögensverwaltung aus dem Vermögen mit 49 598,25 Mk., b) bei der Kämmerei-Betriebsverwaltung aus den Ueberflüssen des Vorjahres mit 127 441,66 Mk., insgesamt mit 177 070,25 Mk. (Ref. Herr Stadt v. Thiele.)



Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
1. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
2. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
3. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
4. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
5. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
6. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
7. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
8. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
9. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...  
10. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage der Armenverwaltung...

Goethe'schen Wertes zunächst einen Blick auf die Sage selbst und ihren...  
Der Gedanke des historischen Faust ist — nach Melancthon's Bericht — ein...  
Das älteste Buch, das sich mit ihm beschäftigt, ist die sogen. „Historia von Dr. Johann Faust“...  
Ein sehr ausführlicher zweiter Teil berichtet, was alles Faust dem Teufel...  
Trotz des minderwertigen Inhalts hatte das Buch einen...  
Das Drama blieb lange Zeit ein Lieblingsstück der englischen...  
Beim Verfall der englischen Schauspielkunst wanderten ansehnliche...  
Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.  
In der letzten Sitzung legte Herr Assistant Sperling melonenartige...  
Unter dem Namen „Soziale Hilfsgruppe „Leistung“...  
besteht seit 3 Jahren in unserer Stadt eine Vereinigung, die jungen...  
Für den Winter macht sich manches junge Mädchen keinen...  
Bei der Wagnerschaft von Volkshilfskindern an den Wochentagen...  
Auskunft erteilt Herrn Fr. Cantor, Händelstr. 13, Fr. A. Richter,...

Agloha wieder zur Teilnahme an den Wagnerfestspielen 1909 in Bayreuth...  
Das Verbandsfest Halle 99 gegen Wasser-Halle findet am 8. November...  
Der Familienabend des Männervereins der Johannes-Gemeinde...  
Die hiesige Orchestergesellschaft des Deutschen Pflanzvereins...  
Die Hallische Turnerschaft, 11 Vereine zählen, feierte am Sonnabend...  
Kaufmännischer Turnverein. Da der bisherige Vorsitzende, Herr Kaufmann...  
E. A. K.

Städteprotest gegen die Vorkasse.  
Der Leiter der Oberdirektion.  
Der Finanzminister hat die Stelle des Präsidenten der Oberzollverwaltung...  
Vortrags-Zyklus im Frauen-Bildungsverein.  
Goethes Faust.  
Am Frauen-Bildungsverein begann gestern Herr Privatdozent Dr. Jahn...  
Die Frau zu sagen, so bemerkte Dr. Jahn, beherrscht in der Literatur...  
Der Kgl. Oberkonsulent Wilhelm Guener ist, 64 Jahre alt, gestorben...  
Das französische Opernensemble von Madame Viole wird am 14. November...  
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Provinzial-Nachrichten.  
Wiltiger Kampf mit Einbrechern.  
Magdeburg, 28. Okt. Zu der bereits gemeldeten Bluttat berichtet die „Magd. Ztg.“ folgendes:  
Herr Rathge, der Inhaber der Kirchapotheke hier selbst, Breite- weg 121, wollte sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr in seine Apotheke...  
Für den Winter macht sich manches junge Mädchen keinen kleinen...  
Bei der Wagnerschaft von Volkshilfskindern an den Wochentagen...  
Auskunft erteilt Herrn Fr. Cantor, Händelstr. 13, Fr. A. Richter,...

Der Kgl. Oberkonsulent Wilhelm Guener ist, 64 Jahre alt, gestorben...  
Das französische Opernensemble von Madame Viole wird am 14. November...  
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt





Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Pfandbriefe', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Schiffahrts-Aktien'.

